

KURZ UND PRÄGNANT

Es geht um das „Wie“ der Gebietsreform

Die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Susanne Hennig-Wellsow, erklärte zur Entscheidung des Thüringer Verfassungsgerichts vom 9. Juni: „Ich nehme diese mit Respekt zur Kenntnis. Dass das Vorschaltgesetz ausschließlich aufgrund eines fehlenden Protokolls für nichtig erklärt wurde, ist mehr als ärgerlich. Die Entscheidung gibt allerdings keinerlei Anlass, an der Notwendigkeit einer umfassenden Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform zu zweifeln. Im Gegenteil, der Verfassungsgerichtshof hat ausdrücklich bestätigt, dass eine solche Reform inhaltlich den Verfassungsvorgaben entspricht.“

Jetzt kommt es darauf an, das Urteil mit Ruhe auszuwerten und die folgenden Schritte gründlich vorzubereiten. Gründlichkeit geht klar vor Schnelligkeit. Die CDU muss sich entscheiden, ob sie diesen Prozess endlich konstruktiv begleitet oder sich weiterhin als „Dagegenpartei“ geriert. Um den Herausforderungen, vor denen Thüringen steht, gerecht zu werden, ist die Umsetzung der Reform zwingend erforderlich. Alle Gemeinden, die sich im Rahmen der Freiwilligkeitsphase auf den Weg gemacht haben, zukunftsferne Verwaltungsstrukturen im Sinne des Leitbildes zu schaffen, haben auf eben dieser Grundlage die Unterstützung der Koalitionsfraktionen, das betrifft sowohl die Stärkung des Ortsteil- und Ortschaftsrechtes als auch die finanzielle Unterstützung von Fusionsprozessen oder zur Entschuldung.“ ■

Tarifergebnis wird auf Beamte übertragen

Die Koalitionsfraktionen haben sich darauf verständigt, Anträge in eine notwendige nochmalige Anhörungsrunde des Haushalts- und Finanzausschusses zu geben. Diese sehen vor, die Ergebnisse des Tarifabschlusses für die Angestellten des Landes nicht nur wirkungsgleich anzupassen – wie bisher bereits vorgesehen –, sondern die Anpassung in den beiden Jahren 2017 und 2018 auch zeitgleich jeweils zum 1. Januar des Jahres vorzunehmen. Zudem sollen die Angleichung der Zulagen für die Justizvollzugsbeamten auf das Niveau der Zulagen für Polizeivollzugsbeamte sowie die Gewährung der Feuerwehrzulage für Beamte der Feuerwehr- und Katastrophenschutzschule in Bad Köstritz beantragt werden. Für Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, ist der vorgezogene Anpassungsschritt eine zusätzliche Wertschätzung der Thüringer Beamten und Richter. ■

Ganz klar gegen den Diätenautomatismus

Alternative 54 unterstützte bisher mehr als 3.500 Projekte mit über 1,17 Millionen Euro

Aus Anlass der jetzt erfolgten jährlichen Diätenanpassung macht Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow für die LINKE im Landtag deutlich:

„Wir sind und waren schon immer ganz klar gegen den Diätenautomatismus in der Landesverfassung. Die PDS-Fraktion klagte Ende der 90er Jahre vor dem Thüringer Verfassungsgericht.“

Auch wenn sie nicht Recht bekam, heißt es doch im Urteil, dass im Sinne der Transparenz ein Verfahren zu favorisieren sei, bei dem der Landtag die Diätenerhöhung in öffentlicher Gesetzgebung vornehme. Deshalb tritt die LINKE dafür ein, den Artikel 54, Absatz 2, zu streichen und diese Diätenfragen in einem transparenten Gesetzgebungsverfahren zu regeln, so wie es

auch der Bund der Steuerzahler jetzt wieder anmahnt.“

Susanne Hennig-Wellsow erinnerte in diesem Zusammenhang auch daran, dass schon die PDS-Fraktion versucht hatte, den automatischen Zwangserhöhungen zu entgehen. Da dies nicht möglich ist, beschlossen die Abgeordneten die Gründung des Vereins Alternative 54 Erfurt e.V. Er unterstützt mit den gespendeten Diätenerhöhungen seit 1995 gemeinnützige Initiativen und Projekte im sozialen, kulturellen, Jugend- und Sportbereich in Thüringen.

Dafür kam seither die Summe von mehr als 1,17 Millionen Euro zusammen. Abschließend betont die LINKE-Politikerin: „Wir setzen uns dafür ein, dass die Abschaffung der automatischen Diätenerhöhung Bestandteil des Reformkatalogs zur Überarbeitung des

Thüringer Abgeordnetenrechts wird.“

Die Vorsitzende des Vereins Alternative 54 Erfurt, die Abgeordnete Diana Skibbe, verwies darauf, dass seit seiner Gründung über 3.200 Vereine und Verbände eine Zuwendung erhalten haben. „Allein im vergangenen Jahr hatte die Alternative einen Jahresbetrag an Spenden in Höhe von 89.337 Euro, den höchsten in der Vereinsgeschichte. Damit hatte sich die Summe der Zuwendungen des Vereins bis zum Jahr 2016 auf den enormen Betrag von 1.156.821 Euro erhöht.“

Im Jahresbericht 2016 des Vereins wertete Diana Skibbe wie folgt: „Wir sind hier tatsächlich auf einem guten Weg. Für uns heißt also die Devise bei der Umsetzung der Ziele der Alternative 54 Erfurt e.V. WEITER SO. Wir setzen auf Kontinuität. Auch hier konstatiere ich: LINKS wirkt!“ ■

Alternative Unterstützung für die Kletterpyramide



Die Kinder der Grundschule Neuhaus freuen sich mit Simone Michaelis und Sigrun an der Heiden über die Spende aus dem Fonds der Alternative 54. Sie soll einfließen in die Anschaffung einer Kletterpyramide für den Schulhof.

Mit Geldern der Abgeordneten-Alternative war bereits der Bau eines Fußballfeldes in Neuhaus unterstützt worden.

„Wir haben es wirklich geschafft.“ Viel Stolz und Erleichterung sprach aus diesem Satz, mit dem der Abgeordnete der LINKE-Landtagsfraktion Knut Korschewsky an seinem letzten Wahlkreistag bei einem neuerlichen Besuch an der Grundschule in Neuhaus empfangen wurde.

Sigrun an der Heiden, Schatzmeisterin des Fördervereins und Schulleiterin Simone Michaelis strahlten jedenfalls übers ganze Gesicht, als sie dem Gast von den neuen Pausenhof-Erreuerenschaften für die Schülerinnen und Schüler berichten konnten. „Ich möchte mich stellvertretend für Alle bei Ihnen bedanken. Es freut uns wirklich sehr, dass sich die Abgeordneten der Linksfraktion finanziell erneut für eines unserer Projekte stark gemacht haben“, gab die Schatzmeisterin beste Grüße nach Erfurt mit auf den Weg.

Ein Betrag von 500 Euro stand auf dem Scheck, den Knut Korschewsky an diesem Tag symbolisch in Neuhaus überreichte. „Sie hatten mich ja bezüg-

lich einer Unterstützung zur Anschaffung einer Kletterpyramide für den Schulhof angesprochen. Ich habe diese Anfrage umgehend an unseren Verein „Alternative 54 weitergeleitet, der dieser gerne entsprach. Es ist uns Abgeordneten der Linkspartei immer wieder eine Freude, direkt dazu beitragen zu können, dass sich Bedingungen vor Ort verbessern, hier konkret das Pausen- und Freizeitangebot für die Schüler auf dem Schulhof“, schickte Knut Korschewsky der formellen Übergabe hinterher.

Dank eines engagierten Spendenlaufes der Kinder, bei dem im Mai Sponsorengelder von rund 8000 Euro zusammenkamen, und vieler weiterer Unterstützer, wie eben der Alternative 54, können in den Sommerferien eine Kletterpyramide und eine Nestschaukel auf dem Schulhof aufgebaut werden. „Der Bauhof wird uns bei der Vorbereitung kräftig unter die Arme greifen, damit in der 31. Kalenderwoche die Montage der Geräte erfolgen kann“, wollte

Sigrun an der Heiden die unkomplizierte Hilfe durch die Stadt erwähnt wissen.

Simone Michaelis ergänzte: „Seit dem Bau der Schule hat sich am Schulhof so gut wie nichts verändert. Es gab zwar mal ein Projekt zur Gestaltung, das dann aber auf Eis gelegt wurde. Deshalb sind wir sehr dankbar, dass der Förderverein und die Eltern derart engagiert für eine Verbesserung der Bedingungen kämpfen. Es ist für uns ein wahres Glück, solch fähige Unterstützer an unserer Seite zu wissen.“

Die Kosten für die Neugestaltung des Schulhofes mit Kletterpyramide und Nestschaukel belaufen sich auf gut 27 000 Euro. Damit wird nach der Einweihung eines Fußballfeldes im Herbst 2015 ein weiteres Großprojekt in „Eigeninitiative“ umgesetzt. Auch damals flossen finanzielle Mittel aus dem Verein Alternative 54 nach Neuhaus.

*Michael Stammberger
Mitarbeiter von Knut Korschewsky* ■